

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 9

Artikel: Sechs Zusicherungen und eine Pelosi

Autor: Schneider, Henrique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1033146>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

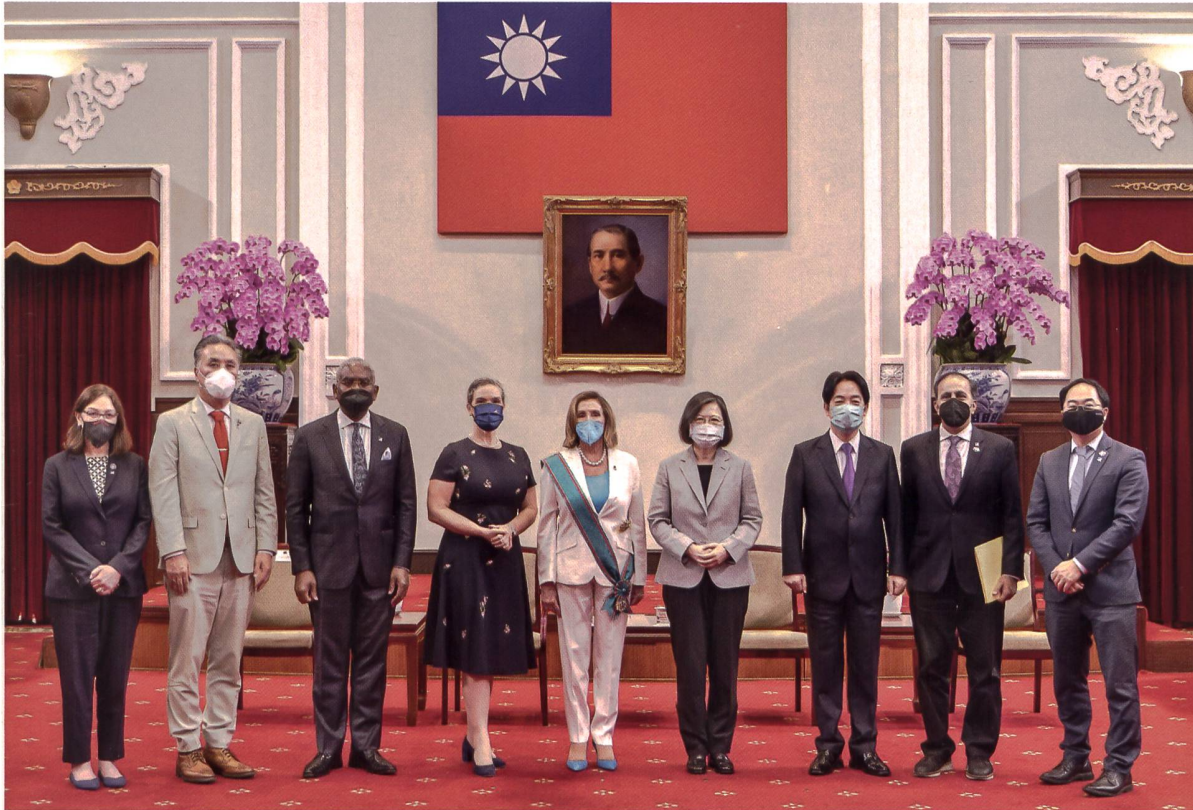
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



◀ Nancy Pelosi mit der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-Wen.

Bild: Wikimedia

Sechs Zusicherungen und eine Pelosi

Die Sprecherin des US-amerikanischen Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, besuchte Taiwan. China musste sich verärgert zeigen. Die Presse in Europa drehte durch. Eine Einordnung.

Henrique Schneider

Aus der Sicht der Volksrepublik China gehört die Insel Taiwan zu Peking. Deshalb wird die vermeintliche Provinz auch Taipeh genannt – international sogar: Chinese Taipei. Aus der Sicht Taiwans ist die Insel wiederum China. Deswegen nennt es sich Republik China. Die Volksrepublik wurde 1949 auf dem Festland ausgerufen. Doch der «rechtmässige Führer» der 1912 in Peking gegründeten Republik, Chiang Kai-Shek, gab sich nicht geschlagen, floh nach Taipei und führte von dort aus die Republik weiter.

Aktuell wird in Taiwan diskutiert, ob man diese Fiktion beenden soll und die Unabhängigkeit ausrufen soll. Das sogenannte demokratische Lager will es tun; das republikanische nicht. Die Schweiz und andere europäische Länder anerkennen allein

die Volksrepublik China als China an. Aus Sicht dieser Länder ist Taiwan in der Regel ein Teil Chinas, also der Volksrepublik. Die USA verbleiben wiederum in strategischer Ambiguität.

Amerikanische Ambiguität

Die USA sagen also nicht genau, was ihre Haltung zu Taiwan ist. Formalisiert wurden nur die sechs Zusicherungen. Zwar wurden sie 1982 abgemacht, aber erst 2016 von den Staats- und Volksvertretern offiziell bestätigt. Die Zusicherungen beinhalten, dass ...

- die USA keinen Zeitpunkt setzen werden, um den Waffenverkauf nach Taiwan zu beenden;
- die USA die Bedingungen des Taiwan Relations Act nicht ändern werden;
- die USA nicht mit der Volksrepublik China verhandeln werden, bevor über einen Waffenverkauf nach Taiwan entschieden wird;
- die USA nicht zwischen Taiwan und der Volksrepublik China schlichten werden;
- die USA ihre Meinung über die Unabhängigkeit Taiwans nicht ändern und Taiwan nicht in Verhandlungen mit der Volksrepublik China zwingen. Die Meinung der

USA ist, dass die Frage friedlich zwischen den Streitparteien geregelt werden muss; – die USA eine Staatshoheit der Volksrepublik China über Taiwan formal nicht anerkennen.

Diese Haltung der USA bezweckt Zweifaches: Einerseits sollte sie China von einer Invasion Taiwans und andererseits Taipei von der Erklärung der Unabhängigkeit abhalten. Bisher hat das funktioniert.

Und dann kam Pelosi

Als Pelosi die Absicht äusserte, Taiwan zu besuchen, tat sie nichts Unerwartetes. Taiwan erlebte in den letzten Jahren viele ranghohe Besuche aus den USA. In diesem Jahr besuchte sogar der ehemalige Aussenminister Mike Pompeo die Insel. Alle diese Besuche erfolgten ohne übermässige Reaktion Chinas.

Doch dann leistete sich die sicherheitspolitisch eher unbedachte amerikanische Seite einen Patzer. Der Besuch Pelosis wurde in der Öffentlichkeit «keine gute Idee» genannt. Chinas Regierung nahm den Steilpass auf und blies es überproportional auf. Der Besuch wurde als offene Unterstützung der taiwanischen Unabhängigkeit skandalisiert.

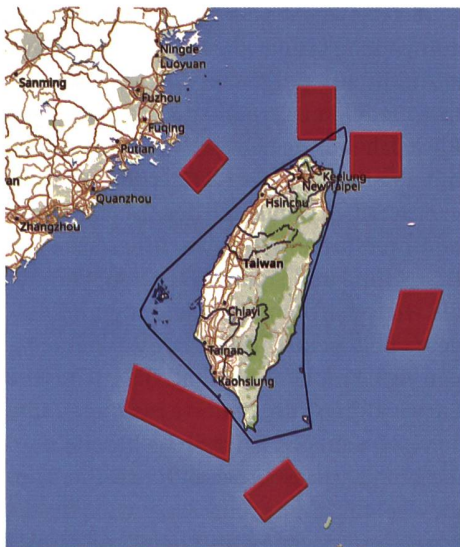
siert. Denn Pelosi traf sich mit der «Präsidentin» Taiwans, die dem demokratischen Lager anhängt.

Dabei ist es für China glasklar, dass Taiwan faktisch unabhängig ist. Doch in Peking zählt nicht, was ist. Es zählt nur das Narrativ. Entsprechend willkommen war der mediale Aufschrei im Westen. Für China war dies die Möglichkeit, das eigene Narrativ durchzudeklinieren: Taiwan ist China. Jegliches «paktieren» einer chinesischen Region mit einer Aussenmacht wird abgelehnt. Über die pausenlose Berichterstattung zum Besuch Pelosis verbreiteten die westlichen Medien genau das Narrativ Chinas.

Manöver ohne Störung

Die chinesische Parteiführung gab an, sich wegen dieser wahrgenommenen Neupositionierung der USA ermächtigt zu sehen, die «historische Mission der Wiedervereinigung mit Taiwan» noch entschlossener zu verfolgen. Also setzte sie die Zusammenarbeit des ihr unterstellten Staates mit den USA in acht Bereichen aus, darunter auch in der Klimapolitik, Verteidigung und grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung.

Das Regionalkommando Ost der Armee der Kommunistischen Partei Chinas kündigte nach dem Abschluss der Militärübungen, welche sie während des Besuchs Pelosis durchführte, regelmässige Manöver in der Taiwanstrasse an, um die Kampfbereitschaft seiner Truppen zu erhöhen. Seither hat sie den Druck auf Taiwan erhöht und Dutzende von Überflügen mit Kampfflugzeugen und Drohnen sowie Seeüberquerungen mit Kriegsschiffen durchgeführt.



Manöver Chinas rund um Taiwan. Bild: Wikimedia

Chinas Machtdemonstration soll Kampfbereitschaft signalisieren und die taiwanische Seite verunsichern. Die Übungen sind zu dieser Jahreszeit allerdings üblich. Sie finden tagsüber statt. Überraschungsmomente gab es kaum. Peking gab sogar eine Vorwarnung aus, damit Handelsschiffe und Flugzeuge ihre Routen anpassen konnten.

Wirtschaft sieht sich gestört

Die Manöver, der wirtschaftliche Druck und andere Drohungen bleiben Teil einer Kampagne Chinas, mit der Taiwan durch maximalen Druck gezwungen werden soll, sich zu unterwerfen. Diese Kampagne ist aber nicht neu. Sie findet schon seit Jahrzehnten statt, wobei sie sich in den letzten Jahren und vor allem Monaten intensiviert hat.

Militärexperten meinen, in den jüngsten Manövern die chinesische Invasionstaktik erkennen zu können. Die Insel soll umzingelt werden. Damit kann sie weder Güter ausführen noch Unterstützung erhalten.

Die Frage ist dabei, welche Rolle die Wirtschaft spielt. Die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Festland und der Insel ist stark. Einige chinesischen Ökonomen gehen sogar davon aus, dass wenn Taipei keine IT und landwirtschaftlichen Güter mehr nach Peking liefern kann, die Wirtschaft der Volksrepublik vor einem Shutdown stünde. Umgekehrt ist es auch klar: Sollte Taiwan von der globalen Wertschöpfungskette abgeschnitten werden, verliert die Insel womöglich alles.

Und die Schweiz

Weder dieser Hintergrund noch die spezifischen Handlungsstränge sind neu. Gerade deshalb war die Reaktion des Bundesrats überraschend. Die Schweiz anerkennt nur China an und damit indirekt den Anspruch Pekings über Taiwan. Die Beziehung zum zweitgrössten Handelspartner ohne Not öffentlich zu hinterfragen, weil er, so seine und die Schweizer Sicht, sich um innere Angelegenheiten kümmert, ist sonderbar. Noch sonderbarer ist diese kurzsichtige Reaktion, wenn sie offenbar ohne die richtige Einschätzung des Hintergrunds erfolgt.

Auch die Reaktion der Schweizer Medien war eher unbedarft. Die Vormeldung, dass der Besuch Pelosis die Welt gefährlicher mache, ist nur Wasser auf Chinas Mühlen. Wer wirklich ein Interesse an Taiwan und Frieden hat, sollte sich eigentlich deeskalierend verhalten. ■



INFORMATIONSRaum

Korpskommandant
Thomas Süssli
Chef der Armee

Der Krieg in der Ukraine tobt seit über sechs Monaten. Eine umfassende Auswertung aus militärischer Sicht ist noch nicht möglich, weil sich die Lage laufend verändert. Der Verlauf der Kampfhandlungen bestätigt jedoch vieles, was die Armee in den drei Grundlagenberichten «Zukunft der Bodentruppen» (2019), «Luftverteidigung der Zukunft» (2017) und «Gesamtkonzeption Cyber» (2022) festgehalten hat. Aus aktuellem Anlass wurden diese Berichte in der Broschüre «Konzeption Zukunft der Armee» zusammengefasst, zu finden auf der Homepage der Gruppe Verteidigung. Die Broschüre enthält auch erste Erkenntnisse aus dem Krieg in der Ukraine.

Boden: Truppen müssen über einen digitalisierten «Sensor-Nachrichtendienst-Führungs-Wirkungsverbund» verfügen, um gegen einen ebenfalls modernen Gegner gewinnen zu können. Mittels Aufklärung gewonnene Informationen ermöglichen es so, gegnerische Systeme und Einrichtungen sehr rasch mit direktem oder indirektem Feuer zu bekämpfen.

Luftraum: Für den Schutz des Luftraums braucht es ein Gesamtsystem inklusive Kampfflugzeuge. Als Erkenntnis für die Schweiz lässt sich festhalten, dass künftig auch Systeme für die bodengestützte Luftverteidigung mittlerer und kurzer Reichweite benötigt werden; diese ergänzen die 36 Kampfjets des Typs F-35A und die fünf BODLUV-Feuereinheiten des Systems Patriot mit ihrer grösseren Reichweite. Die entsprechenden Beschaffungen sind geplant.

Cyber: Die Armee muss in der Lage sein, die eigenen Systeme vor Cyber-Attacken schützen zu können; Cyber wird nie isoliert angewendet, sondern verstärkt andere Effekte und macht bekannte physische Bedrohungen noch gefährlicher. Zentral ist zudem, sich im elektromagnetischen Raum schützen und auch effektiv wirken zu können. Dieser Schutz muss auch im Alltag sichergestellt werden.